

age vergebliches  
all auf Gleichwiti  
aufständische über  
Ver

olhauptamt

Personal-Ak



Die Staatspolizei Lüneburg/  
Strukturen und Täter



# Inhalt

1.	Entwicklung der Lüneburger Gestapo 1933/34 – 1939/40 .....	6
2.	Verlegung der Gestapo-Zentrale nach Lüneburg .....	8
3.	Gestapo-Zentrale in der Julius-Wolff-Str. ....	10
4.	Mitarbeiter der Staatspolizeistelle Lüneburg .....	12
5.	Interne Verwaltungsstruktur .....	20
6.	Außendienststellen/Außenposten .....	22
7.	Exkurs: Die Gestapo-Außenstelle Celle und der Kriminalassistent Norbert Bittrich .....	27
8.	Arbeitsweise als Behörde/Meldestruktur .....	29
	a) Zusammenarbeit mit Ober-/Bürgermeister und Landräten (Ortspolizei/Gendarmerie) .....	29
	b) Zusammenarbeit mit Stadtverwaltung .....	33
	c) Zusammenarbeit mit Firmen/DAF/Kreisbauernschaften .....	33
	d) Zusammenarbeit mit der Justiz .....	35
9.	Phasen der Verfolgung/ Ausweitung der Befugnisse .....	37
	a) Verfolgung der politischen Opposition .....	37
	b) Verfolgung der Juden .....	40
	c) Verfolgung der Zwangsarbeiter/-innen .....	49
10.	Die Täter nach 1945 .....	53

Herausgeber: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-  
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten  
Kreisvereinigung Lüneburg  
Postfach 2901, 21332 Lüneburg  
vvn-bda-lg@web.de  
www.vvn-bda-lg.de

Druck: Copy-shop, Universität Lüneburg  
Auflage: 400  
Covergestaltung: Rabea Krüger

Lüneburg, im November 2011

Wir bedanken uns für die finanzielle Unterstützung bei der Herausgabe  
dieser Broschüre bei der

Lüneburger Bürgerstiftung  
Stadt Lüneburg, Fachbereich 4, Kultur  
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverband Lüneburg  
VVN-BdA, Landesvereinigung Niedersachsen

## Vorwort:

Über 65 Jahre nach Ende der Nazi-Herrschaft legen wir mit dieser Broschüre die erste gründliche Veröffentlichung über die Lüneburger Gestapo vor. Dieser große zeitliche Abstand scheint unverständlich in einer Stadt wie Lüneburg mit seinen wissenschaftlichen Einrichtungen sowie Stadt-, Kreis- und Bezirksverwaltungen und diversen Gerichtsbehörden. Immerhin ist die Lüneburger Gestapo die örtliche Vertretung des umfangreichsten und schärfsten Verfolgungsinstrumentes des deutschen Faschismus. Obwohl sie in der etwa vierjährigen Zeit ihres Bestehens in der Heidestadt ( und zuvor von Harburg-Wilhelmsburg aus) nicht nur selbst mehrere tausend Verhaftungen vornahm und Haftstrafen erwirkte, ebenso Einlieferungen, Misshandlungen und Folter in Arbeitserziehungs- und Konzentrationslagern zu verantworten hat und darüber hinaus zahlreiche Exekutionen beantragte und selber durchführte, kommt die Lüneburger Gestapo in der stadtgeschichtlichen Literatur nicht vor. Diese örtliche Verfolgungsbehörde, die nicht nur lediglich im Lüneburger Raum tätig war, sondern deren Kompetenzen sich geographisch auf den gesamten östlichen Bereich des Regierungsbezirks erstreckten von Harburg bis Wolfsburg, von Fallingb. bis Dannenberg, ab 1944 sogar auf den gesamten Bereich des Regierungsbezirks bis hin zur Nordseeküste, blieb bislang unerforscht.

Gründe dafür lassen sich nur vermuten. Die Verweigerung einer im Verhältnis geringen Summe von 300.- € zur finanziellen Unterstützung dieses Projektes von Seiten der Sparkassen-Stiftung (der immerhin ein Sponsorenumfang von 150.000.-€ jährlich zur Verfügung steht) deutet darauf hin, dass es von Seiten maßgeblicher Kreise der Stadt nicht gewünscht wird, dass dieser Teil der Lüneburger Stadtgeschichte für die Öffentlichkeit erschlossen wird.

Neben den lokalpolitischen Widerständen könnten es aber auch vermutlich arbeitspraktische Gründe sein, die einer solchen Veröffentlichung bislang im Wege standen, denn der gesamte Originalbestand der Gestapo-Dokumente wurde von Mitarbeitern dieser Polizeibehörde in den ersten beiden Aprilwochen des Jahre 1945 vernichtet (s. S. 53), der gesamte Umfang an Überlieferungen ging also scheinbar unwiederbringlich verloren.

Unser Ansatz war deshalb hauptsächlich, neben den mündlichen Überlieferungen den Schriftverkehr, den die Gestapo mit weiteren Behörden führte und der weithin verstreut überliefert sein musste, aufzuspüren. Dieser musste nun in mühseliger Arbeit in den Kreisarchiven des Regierungsbezirks, in verschiedenen Staats- und Hauptstaatsarchiven, in Bundesarchiven und auch in den Archiven vieler NS-Gedenkstätten re-

cherchiert werden, eine Tätigkeit, mit der die Verfasser etwa drei Jahre nebenberuflicher Arbeit verbrachten.

Der dabei gewonnene Umfang an Daten und Material zeigte recht bald, dass eine umfassende Darstellung der Lüneburger Gestapo in einer kleinen Schrift wie dieser nicht möglich ist: Alleine die Benennung und kurze Charakterisierung der Gestapo-Opfer hätte mehrere hundert Seiten gefüllt. Aus diesem Grunde beschreiben wir mit diesem Band primär die Täter, Strukturen und Arbeitsweisen der Lüneburger Geheimen Staatspolizei. Ein Schutzhäftlings-Verzeichnis des Gerichtsgefängnisses Lüneburg, worin jener Teil der Lüneburger Gestapo-Opfer verzeichnet sein wird, der in Lüneburg gefangen gehalten wurde, wird derzeit von der Lüneburger VVN-BdA erstellt und demnächst zur Verfügung stehen. Vielleicht gelingt es mit jenem Dokument in Ergänzung zu dieser Schrift zu erreichen, am Gerichtsgefängnis eine Mahn- und Gedenktafel zu errichten, um an diese Opfer zu erinnern und damit die derzeitigen politischen Widerstände zu überwinden, die sich auch diesem Vorhaben bislang noch in den Weg stellen.

Zu Beginn unserer Tätigkeit für diese Arbeit verfügten wir lediglich über rudimentäre Kenntnisse und Dokumente über Einzelaspekte der Gestapo-Tätigkeit, soweit sie von uns bereits für andere Veröffentlichungen recherchiert wurden. Ein erster umfassender Zugang sollte uns deshalb ein Aufruf in der Lokalpresse und eine Kontaktierung der „Heimatgeschichtsforscher/-innen“ der Gemeinden im Kreis Lüneburg bringen, uns ihr Wissen zur Verfügung zu stellen.

Bei einem bestimmten Teil unserer Gesprächspartner aus den Lüneburger Umlandgemeinden schien die Relevanz des Themas nicht ganz verstanden worden zu sein, wie ein Hinweis einer betagten „Dorfhistorikerin“ zeigt: „Nein, die Gestapo war bei uns nicht. Wir haben uns alle anständig verhalten.“ Diese Generation von Heimatforschern/-innen, teils sogar wie Marquardt (Propaganda-Hauptstellenleiter bei der Gau-Verwaltung der Lüneburger NSDAP, anschließend Heimatforscher in Tostedt und mit dem Bundes-Verdienstorden ausgezeichnet) und Matthiessen (Mitarbeiter des NS-„Stürmers“ und später Archivar des Landkreises Harburg) etwa als ehemalige Nazis, andere weitere, die vor allem die Orts-Geschichtsschreibung nach 1945 dominierten und sich durch einen sehr unkritischen Blick auf den deutschen Faschismus auszeichneten, der auch in den zahlreichen Ortschroniken der Lüneburger Umlandgemeinden sichtbar wird, wurden zwar in der Zwischenzeit abgelöst durch jüngere, kritischere Menschen am Ort, die die jeweilige Dorfgeschichte wahrhaftiger aufzuschreiben bemüht sind; die Chance ist allerdings dadurch für alle Zeiten vertan, Gestapo-Übergriffe „aus

erster Hand“ zu protokollieren. Daran bestand in der Vergangenheit kaum ein Interesse in der Lüneburger Regionalgeschichtsschreibung und in der Öffentlichkeit, und heute gibt es niemanden mehr, der/die darüber berichten könnte.

Mit ganz wenigen Ausnahmen: Unser Kollege Johannes Schmidt übermittelte uns z. B. eine mündliche Überlieferung „aus erster Hand“ (wenige andere sind in den Text eingefügt) von der hochbetagten Frau Frieda Wielebski, geb. Fränkel, Jahrgang 1923, die ihm im Frühjahr 2011 ein Interview gab und über Gestapo-Repressalien und Einschüchterungen ihr gegenüber berichtete: Frau Fränkel wohnte als junge Frau bei ihren Eltern beim Bockelsberg und lernte den Beruf der Friseurin beim Friseurmeister Holtberg. Eines Tages, als 16-jähriges Mädchen, im November/Dezember 1939 wurde sie krank, konnte nicht zur Arbeit gehen. Anscheinend wurde sie nun sofort von ihrem Arbeitgeber Holtberg bei der Gestapo gemeldet, denn einige Gestapo-Leute kamen am selben Morgen zu ihr nach Hause und nahmen sie mit, obwohl sie noch barfüßig war, in das Büro in die Reitenden-Diener-Straße (in den 80er Jahren befand sich dort das „Frauenhaus“, vom Rathaus aus kommend auf der linken Straßenseite). Sie wurde dort verwarnt obwohl sie beteuerte, dass sie aus Krankheitsgründen nicht zur Arbeit gehen konnte und dass sie zuvor noch nie deshalb gefehlt habe. Ihr blieb diese Begegnung mit der Gestapo in bedrückender Weise bis heute in Erinnerung.

Nach der Befreiung 1945 heiratete Frau Fränkel einen ehemaligen KZ-Häftling, mit dem sie auch als Mahnwache an der Exhumierung der Tiergarten-KZ-Häftlinge teilgenommen habe. Auf Anordnung der Alliierten habe Holtberg gemeinsam mit anderen bekannten Nazi-Unterstützern die Umbettung der Ermordeten vornehmen müssen.

Wir bedanken uns bei allen Damen und Herren, die uns ihre Kenntnisse mitteilten, aber leider konnten wir nur die wenigsten Hinweise in diese Schrift mit aufnehmen. Vielfach nämlich wurde uns „vom Hörensagen aus dritter Hand“ über Gestapo-Aktionen in Einzelgemeinden berichtet, die sich in der anschließenden Recherche aber, vielfach wegen mangelnder weiterer Überlieferungen, nicht verifizieren ließen und deshalb keine Aufnahme in diese Schrift finden konnten. Beispielhaft sei jener Fall eines Polen genannt, den uns Herr Günter Schulze mitteilte: Dieser polnische Zwangsarbeiter, der in Radbruch bei einem Bauern arbeiten musste, geriet mit der Bauersfrau in einen Konflikt und soll darauf hin mit Einwilligung der Gestapo von fünf Radbrucher Bewohnern verprügelt, bzw. gar dort im Wald ermordet worden sein. Diese und viele weitere Hinweise konnten durch unsere Recherche nicht bestätigt werden.

Eine Reihe von Hinweisen haben wir erhalten, die auf ein widerständiges Verhalten von kirchlichen Funktionsträgern im Rahmen ihrer Amtshandlungen und deren Ahndung durch die Behörde der Geheimen Staatspolizei Bezug nahmen. Wie etwa jener von Herrn Egon Behrens, der berichtete, dass der Neetzer Pastor Heinrich Mundt (Sohn des gleichnamigen Pastors von St. Michaelis in Lüneburg) bei der Beerdigung des NSDAP-Ortsgruppenleiters aus Breetze von den Verantwortlichen des Trauerzuges verlangte, dass sie eine mitgeführte Hakenkreuzfahne entfernen sollen und der anschließend von der Gestapo vorgeladen wurde und sich dort in einem Verhör deshalb verantworten musste.

Auch Frau Herlemann berichtet in ihrer regionalhistorischen Schrift „Die deutschen Bauern geschlossen hinter dem Führer?“ (S. 24) von mündlichen Überlieferungen, etwa dass der Pfarrer der Gemeinde Ebstorf, Schoop, Mitglied der Bekennenden Kirche, zur Lüneburger Gestapo vorgeladen und wegen seiner „abweichenden“ christlichen Anschauungen dort vernommen wurde.

Im Gegensatz zu den drei vorgenannten Fällen, die von uns an Hand der recherchierten schriftlichen Überlieferungen nicht bestätigt werden konnten und somit wohl für immer im engeren Sinne „unbewiesen“ bleiben müssen, erreichte uns ein Hinweis von Herrn Wilhelm Wykhoff, Mitautor des Buches „Scharnebeck gestern und heute“ (s.a. LZ v. 31.5.2008), über die „antifaschistische Renitenz“ des Scharnebecker Pastors Ernst Fricke, die dieser mit einer Schutzhaft von fast drei Wochen büßen musste. Das Gefangenenbuch des Lüneburger Landgerichtsgefängnisses weist für Ernst Fricke eine von der Gestapo angeordnete Haft vom 20. November bis zum 9. Dezember 1943 aus.

Bei der Benennung der Namen von Gestapo-Mitarbeiter/-innen haben wir stets gegengeprüft, verschiedene interne Behördenlisten und weitere wichtige Dokumente miteinander verglichen, bevor wir uns zur Veröffentlichung entschlossen haben. Nicht in die Liste der Gestapo-Mitarbeiter/-innen mit aufgenommen haben wir Personen, die als sog. Notdienstverpflichtete auf Anordnung der Gestapo für sie tätig war wie etwa Karl Ehrlich, NSDAP-Kassenwart der Gruppe „Finkenbergr“ (von dem eine freiwillige Tätigkeit allerdings angenommen werden kann) oder den Lehrer Gerhus, der, wie wir feststellen konnten, eindeutig gegen seinen Willen, auf „Wunsch“ der Gestapo und Anordnung des Oberbürgermeisters Wetzel während der Ferienzeit 1943 zur Bewachung der KZ-Häftlinge im Kalandhaus notdienstverpflichtet wurde. Auch Personen, die zwar für die Gestapo tätig, aber dort nicht angestellt waren, werden hier in der Regel nicht weiter beschrieben, wenn nicht eindeutig fest-

stellbar ist, inwieweit eine willige oder eine erzwungene Mitarbeit vorliegt: Ein solcher Fall liegt etwa bei der Tätigkeit der Frau Christa von Penz vor, der wegen ihres familiären Umfeldes sicher von besonderem Interesse ist. Frau von Penz nämlich, Ehefrau des Lüneburger Rittmeisters und Tochter des ehemaligen Reichspräsidenten von Hindenburg (der sie seinerzeit in ihrer Wohnung am Lüner Weg und nach ihrem Umzug in das ehemalige Landratshaus in Gut Medingen bei Bevensen dort mehrfach besuchte), war zwar in der Zeit von 1941 bis 1943 als Berufsberaterin beim Arbeitsamt in Lüneburg angestellt, wurde aber zeitgleich wegen ihrer französischen Sprachkenntnisse von der Gestapo bei Vernehmungen vornehmlich französischer Zwangsarbeiter/-innen als Dolmetscherin eingesetzt.

Einen persönlichen Dank möchten wir aussprechen an Persönlichkeiten, die uns häufig für Auskünfte in Einzelfragen zur Verfügung standen wie unseren Lüneburger Geschichtskollegen Manfred Messer und Johannes Schmidt, Herrn Neske, der uns eine Autobiographie seines Onkels Karl Markwardt (ehemaliger Geschäftsführer der Lüneburger SPD) zur Verfügung stellte, Dr. Nils Köhler (Usedom), Bettina Reinmuth (Düsseldorf), Hans-Joachim Meyer (VVN-BdA-Harburg), Peter Heine (Unterlüss), Mario Keller-Holte (Hameln).

Ebenso bedanken wir uns bei den Damen und Herren der verschiedenen Archive, die uns ihre Hilfe und Unterstützung zukommen ließen, bei Herrn Szenka (Kreisarchiv Lüneburg), Herrn Egge (Stadtarchiv Uelzen), Herrn Dr. W. Brandes (Stadtarchiv Bad Fallingb. b. Bad Fallingb.), Herrn Dr. T. Lux und D. Kolbe (Stadtarchiv Lüneburg), Herrn Dr. Kleinfeld, (Kreisarchiv Harburg), Herrn Dr. Werner Strauß, (Stadt Wolfsburg, Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation), Dr. Manfred Grieger (Historische Kommunikation, Volkswagen Aktiengesellschaft, Konzernkommunikation), Herrn Dr. Vogtherr (Archiv Museumsdorf Hösseringen), Frau S. Maehnert (Stadtarchiv Celle), Frau Dr. Ch. Deggim (Staatsarchiv Stade), Frau Dr. B. Welter (NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz - Gedenkstätte SS-Sonderlager/KZ Hinzert), Frau M. Schnell und C. Hundertmark (Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück- Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten), Albert Knoll (Archiv Gedenkstätte Dachau), Herrn Dr. R. Möller und Frau Ch. Eckel (Archiv Gedenkstätte Neuengamme), Herrn Dr. Keller und Frau Marlis Buchholz (Stiftung Niedersächsischer Gedenkstätten), Frau M. Liebscher und B. Müller (Archiv Gedenkstätte Sachsenhausen), Herrn Dr. T. Herrmann (Bundesarchiv Ludwigsburg), Herrn Ph. Möckel (Bundesarchiv Koblenz) sowie den Damen und Herren des Bundesarchivs Berlin.

Mit der Vorlage dieser Schrift soll keine abschließende Beschreibung und Bewertung der Arbeitsweise

der Lüneburger Gestapo vorgenommen werden, dieses überlassen wir als „Hobbyhistoriker“ einer Analyse professioneller Institutionen wie etwa der Universität oder einer umfangreichen Auftragsarbeit der Polizeiverwaltung/des Innenministeriums oder der Stadt- und/oder der Kreisverwaltung. Wir hoffen aber, mit unseren Recherchen und dieser Veröffentlichung ein erstes hinreichendes Bild über die Gestapo gezeichnet zu haben, welches über die NS-Geschichte der Stadt Lüneburg und umliegender Kreise wesentliche und neue Kenntnisse vermittelt. Insbesondere die hier beschriebene Verflechtung der Amtstätigkeit der Gestapo mit weiteren Ämtern, der Zuarbeit des jeweiligen Landratsamtes, der Stadtverwaltung, der Bezirksregierung, der Betriebe und der Justiz, ohne die die Lüneburger Geheime Staatspolizei ihre verbrecherische Tätigkeit nicht hätte umsetzen können, sollte diesen Behörden heute Anlass sein, Verantwortung zu übernehmen und die eigene NS-Geschichte zur Kenntnis zu nehmen und umfassend wissenschaftlich erforschen zu lassen.

Zum Schluss eine kleine Bitte an die Leser/-innen: Durch unsere recht umfangreiche Recherchetätigkeit sind uns Kosten entstanden, die wir mit der Einwerbung von Sponsorenzuschüssen lediglich teilweise haben decken können, zumal uns als antifaschistischer Organisation besonders finanzkräftige Unterstützer nicht zur Verfügung stehen.

Jede kleine Spende zur Minimierung dieses Fehlbeitrages ist deshalb gern gesehen auf das Konto der VVN-BdA Lüneburg, Kto.-Nr. 77172, BLZ 24050110 bei der Sparkasse Lüneburg.

Lüneburg, im Oktober 2011

Peter Asmussen, Dietrich Banse, Hans-Jürgen Brennecke, Jürgen Dietze, Peter Raykowski

## 1. Entwicklung der Lüneburger Gestapo 33/34 bis 39/40

Die Institution „Politische Polizei“ hatte in Preußen eine lange Tradition, die ins 19. Jahrhundert hineinreicht, in der Revolutionszeit 1918/19 vorübergehend aufgehoben, dann wieder als Abteilung IA im Polizeipräsidium Berlin installiert wurde. 1925 richtete man dort ein Landeskriminalpolizeiamt ein, auf Bezirksebene sog. Landeskriminalpolizeistellen, denen die Zuständigkeit für politisch motivierte Straftaten übertragen wurden. Mit Wirkung vom November 1927 entstand im Regierungsbezirk Lüneburg eine neue staatliche Polizeiverwaltung in Harburg-Wilhelmsburg, der die „politische Polizei, insbesondere das Presse-, Vereins- und Versammlungswesen“ zugeordnet wurde. Aufgaben der politischen Polizei waren: Beobachtung, Vorbeugung und Strafverfolgung in den Bereichen: Schutz des Staates durch Verfolgung politischer Straftaten, insbesondere von Hoch- und Landesverrat; Verhinderung strafbarer Handlungen „mit politischem Einschlag“; Beobachtung der Presse und Überwachung des Vereins- und Versammlungswesens sowie schließlich Abwehr von Spionagetätigkeit. Unterbau für die politische Polizei blieb die Landjägerei bzw. die kommunale Polizei. (1) 1933 wurden sofort die Befugnisse erweitert und strukturelle Fesseln abgestreift. Auf Grund des Gesetzes vom 26. April 1933 wurde in Preußen ein Geheimes Staatspolizeiamt eingerichtet (Gestapa; später, ab Juni 1936, in Anlehnung an Schupo, Kripo, Sipo: Gestapo).

Die Gestapo entwickelte sich recht bald zu einem eigenständigen Organ der Polizeiverwaltung und ein

Prozess der Loslösung von der allgemeinen und inneren Verwaltung begann. Eine Verordnung vom 14. März 1934 mit Wirkung zum 01.04.1934 ermöglichte die Gründung von Stapo-Stellen auf Bezirksebene. Sie unterstanden der preußischen Gestapo-Zentrale direkt und waren damit nicht mehr von den Behörden der einzelnen Regierungen abhängig. Eine politisch und personell folgenreiche Veränderung wurde zeitgleich vorgenommen mit der Einsetzung Heinrich Himmlers, bis dahin bereits Kommandeur der politischen Polizeien fast aller Länder, zum Stellvertretenden Chef und Inspekteur der Preußischen Geheimen Staatspolizei und Reinhard Heydrichs zum Chef dieser Terrorbehörde. Himmler, zu diesem Zeitpunkt bereits Reichsführer-SS, wurde schließlich 1936 Chef der deutschen Polizei und trieb die Verschmelzung von Polizei und SS voran, so dass von 1938 an die große Mehrheit der Beamten, zumal der Sicherheitspolizei (Gestapo und Kripo) der SS angehörten.(2) Die politische Polizei der Lüneburger Bezirksregierung wurde demnach aus dem Verwaltungssystem der Bezirksregierung herausgelöst und als eigenständige Behörde etabliert mit Sitz in Harburg-Wilhelmsburg. Erster Leiter dieser Gestapo-Stelle war Freiherr von Diepenbroick-Grüter.

Auf ihn folgte für kurze Zeit Regierungsrat Joseph Wolff (3), der am 8. Januar 1935 Diepenbroick-Grüter ablöste. (4)

Am Stichtag 25.6.1935 betrug die Personalstärke dieser „Staatspolizeistelle Harburg-Wilhelmsburg“ 26 „männliche Kräfte“, überwiegend Kriminal-Assistenten und Kriminal-Sekretäre, wobei die Schreibkräfte, Dolmetscher/-innen und sonstige Verwaltungs- und

Staatspolizeistelle

Harburg-Wilhelmsburg, den 12. Mai 1934.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, dass Personen wegen Heil-Moskau-, „Rot Front - Ruffens“ und Beleidigungen der NSDAP. SA. usw. zur Anzeige gebracht werden. In allen derartigen Fällen, in denen gerade keine gemeine Beleidigung führender Persönlichkeiten stattfindet, (hier muss schwere Bestrafung oder Konzentrationslager verhängt werden) bitte ich, wie es bereits schon im Bezirk der Staatsanwaltschaft Lüneburg geschieht, Antrag auf umgehenden Erlass eines Strafbefehls wegen groben Unfugs (§ 360 Ziffer 11 R. St. G. B.) zu stellen und hierbei nicht eine an sich zulässige Geldstrafe, sondern Haft von mindestens 2 bis zu 6 Wochen beantragen zu wollen, da anders diesem Unfug nicht mehr gesteuert werden kann.

gez. Freiherr von Diepenbroick-Grüter.

An den Herrn Oberstaatsanwalt in Stade und Hildesheim.



polizisten handelte es sich um erfahrene Beamte, die bereits während der Weimarer Republik als solche tätig waren. Die ehemaligen Mitarbeiter des Polizeipräsidiums standen am Anfang ihrer Behördenlaufbahn, waren um die 30 Jahre alt und befanden sich überwiegend noch im Angestelltenstatus. Fast alle Mitarbeiter waren zugleich Mitglieder einer NSDAP-Organisation, überwiegend der SA oder SS.

**Vor bzw. nach diesem Stichtag  
(25. Juni 1935) waren weitere 16 Beamte in  
der Staatspolizeistelle Lüneburg in  
Harburg Wilhelmsburg tätig:**

Beeck, Gestapo HH-Wilhelmsburg, SS-Mann  
Bergmann, Dr.  
Diepenbroik-Grüter, Freiherr von  
Höppner, Angestellter  
Holt, Kriminalsekretär  
Huppenkothen  
Jansen  
Meier, Kriminalangestellter  
Preine, Kriminalkommissar  
Meyer, Kriminalsekretär  
Oehmke, Polizeiinspektor  
Paschleben, SS- Hauptsturmführer, Gestapo Hamburg  
(Anleiter für die Außendienststelle Lüneburg),  
Schramm, SS-Mann  
Schöllhorn, Kriminalsekretär  
Thomsen, Reg. Assessor  
Timmermann, SS-Mann

Zwar bemühten sich die NS-Machthaber seit langem, die Lüneburger Gestapostelle auch an den Ort des Regierungssitzes und der Partei-Gauverwaltung zu verlegen, aber ohne Erfolg. Am 13. Mai 1937 musste die übergeordnete Dienststelle der Gestapo in Berlin in einem Schreiben feststellen:

„Die ... angeordnete Verlegung der Staatspolizeistelle Harburg- Wilhelmsburg nach der Stadt Lüneburg hat sich bisher nicht durchführen lassen, da die benötigten Dienst- und Wohnräume für die Dienststelle und ihre Beamten noch nicht beschafft werden konnten.“ (10)

## 2. Verlegung der Gestapo-Zentrale nach Lüneburg

Die entsprechenden Dienststellen bemühten sich in der Folgezeit sehr, geeignete Gebäude zu erwerben, um die Gestapo in Lüneburg anzusiedeln. Auch der Bau eines neuen Gebäudes wurde in Erwägung gezogen mit dem Ankauf eines großen Grundstückes in zentraler Lüneburger Lage, auf den Flächen des ehemaligen Antonifriedhofs:

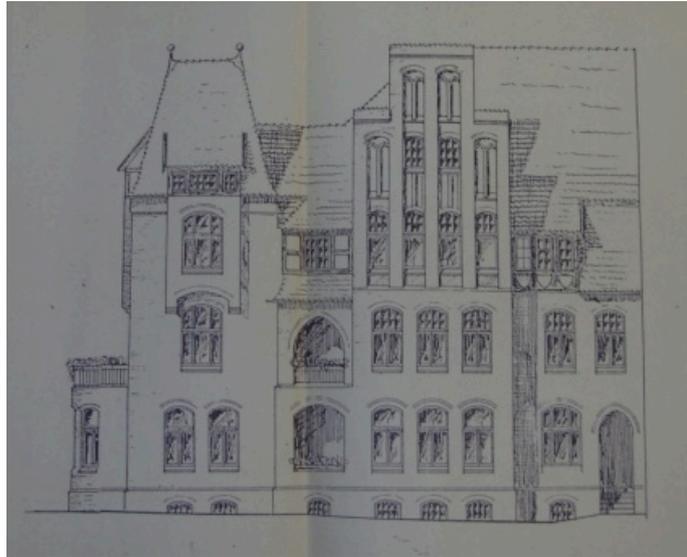
„Am 8. Juli 1938 erging ein Schreiben des „Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei“ Heinrich Himmler an die Geheime Staatspolizei Lüneburg mit der Bestätigung, dass ein Grundstücksgeschäft zwischen dem Deutschen Reich und der Stadt Lüneburg erfolgreich zum Abschluss geführt wurde: Für 41.200 Reichsmark kam damit ein über 5.000 Quadratmeter großes Areal zwischen der Hude und der Straße Vor dem Bardowicker Tore in Besitz der Gestapo, die beabsichtigte, hier ein neues Dienstgebäude zu errichten“.(11)

Warum schließlich dieses Vorhaben, hier die Gestapo-Zentrale zu errichten, nicht umgesetzt wurde, ist nicht bekannt. Die Gestapo in Lüneburg bezog schließlich an anderer Stelle ihre Diensträume, in einem Gebäude, welches nach Angaben des Einwohnerbuches aus dem Jahre 1938 der Bezirksregierung (Abtl. Reichsbodenschätzung) gehörte.

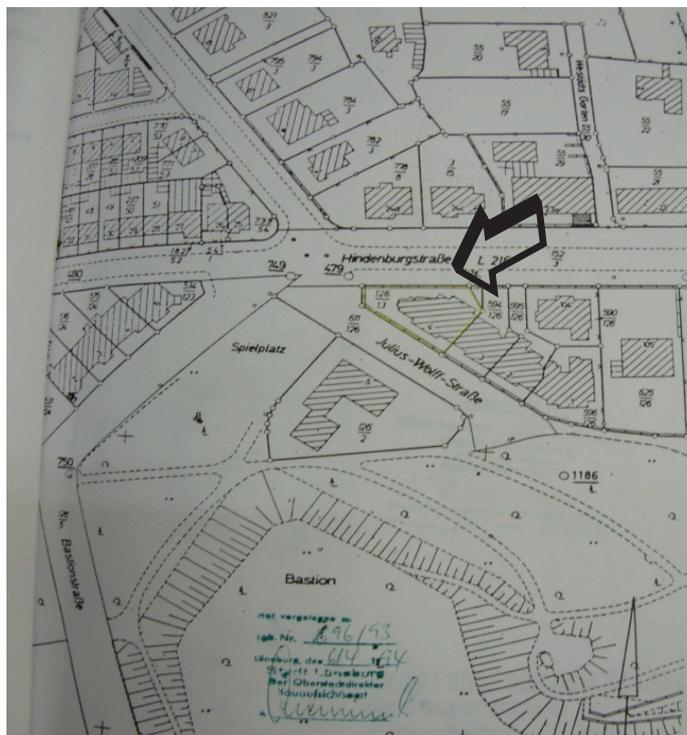
Nach Aussage der Gestapo-Männer Hinz und Frank wurde von der Lüneburger Gestapo in Harburg-Wilhelmsburg im September 1939 eine Außendienststelle in Lüneburg eingerichtet. Nach Angaben des Sozialdemokraten Marquardt und einer weiteren Lüneburger Zeitzeugin in der Reitende Diener Straße, bevor eine eigenständige Staatspolizeistelle in Lüneburg eröffnet wurde in der Julius-Wolff-Straße 4, nach den vorliegenden Dokumenten zum 1. Juli 1940. (12)



In diesem Gebäude war ebenfalls vom Mai 1942 bis Oktober 1943 die Außenstelle Lüneburg des Sicherheitsdienstes (SD) untergebracht (vorher Am Graalwall 5, anschließend Hindenburgstr. 107 a), was als Ausdruck einer personellen Verflechtung beider Dienste gewertet werden muss.



In Lüneburg befand sich somit eine der im Deutschen Reich eingerichteten Staatspolizeistellen, die sich zumeist in der Hauptstadt des NSDAP-Gaues befanden. Es waren derer 1941 insgesamt 41.



Etwa Mitte des Jahres 1941 (wahrscheinlich mit Runderlass Chef d. Sicherheitspolizei und SD vom 30.06.41) wurde der Status der Lüneburger Staatspolizeistelle im Zuge einer größeren, reichsweiten Umstrukturierung der Gestapo-Ämter geändert und sie wurde eine Außendienststelle (Nr. 20 a) der Staatspolizeileitstelle Hamburg (Nr. 20). Aus den vormaligen Außendienststellen in Celle u.a. wurden nun Außenposten. (13)

Ab 1944 wurde diese Maßnahme schließlich wieder korrigiert, was ein Schreiben des Chefs der Sicher-



heitspolizei und des SD vom 10. Oktober 1944, abgezeichnet von Kaltenbrunner, belegt: „Mit der Leitung der wiedererrichteten Staatspolizeistelle Lüneburg habe ich den SS-Sturmbannführer Regierungsrat Dr. Freitag beauftragt.“ Diese Umstrukturierung führte anscheinend auch zu einem wesentlich erweiterten geographischen Handlungsrahmen der Lüneburger Gestapo, denn nunmehr wurden ihr zusätzlich die Außenstellen Wesermünde, Stade, Verden und Cuxhaven sowie das Grenzpolizeikommissariat Cuxhaven unterstellt, worauf der neue Gestapo-Chef Dr. Freitag mit Schreiben vom 27.10.1944 hinweist. (14) Im Zuge dieser Umstrukturierung wurden aus den vormaligen Außenposten wieder Außenstellen der Lüneburger Gestapo.

Zur personelle Stärke des Gestapo-Lüneburg erklärte in einer Vernehmung im Jahre 1947 der Gestapo-Mann Wilhelm Janssen: „Insgesamt mögen bei der Gestapo in Lüneburg etwa 30 bis 50 Beamte und Angestellte einschließlich Verwaltung bedienstet gewesen sein.“, (15) wobei nicht ganz eindeutig ist, ob sich diese Angaben der Personalstärke lediglich auf

**Geheime Staatspolizei**  
**Staatspolizeistelle Lüneburg**

Dr.-Nr. II A 847/41.

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

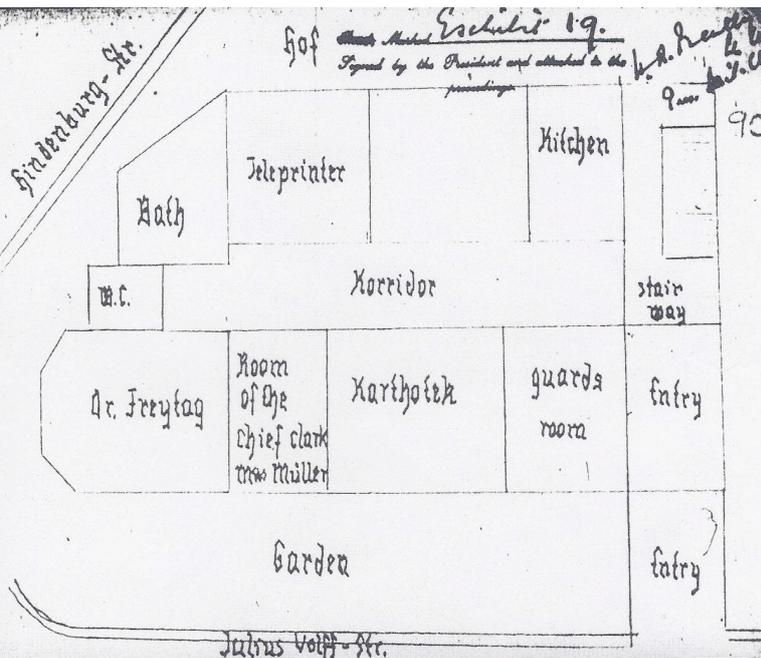
Lüneburg, den 9. April 1941.

Julius-Wolff-Straße 4

Fernsprecher: Sammelnummer 5051

12.4.41

die Lüneburger Gestapo-Stelle bezieht oder aber die Außenstellen mit einbezogen sind. Diese Angaben werden bestätigt durch die Aussage des Gestapo-Mitarbeiters Paul Frank, der eine Zahl von 35 Personen nennt, die allerdings während des Krieges sich auf 24 Personen reduzierte. (16) Nach der fortlaufenden Aktenzeichen-/Vorgangs-Nummerierung der Lüneburger Dienststelle bearbeiteten die Gestapo-Leute jährlich mehrere tausend Fälle: im Jahre 1942 mindestens 4771, im Jahre 1944 mindestens 6645. Es ist nicht ausgeschlossen, dass aus Verwaltungsgründen bestimmte fortlaufende AZ-Nummern ausgelassen wurden. Dieses konnte aber nicht festgestellt werden.



Skizze Erdgeschoss Gestapo-Zentrale (1945)

### 3. Gestapo-Zentrale Julius-Wolff-Str.

Die Lüneburger Gestapo-Dienststelle wurde in der Julius-Wolff-Straße 4 eingerichtet und mit logistischen Einrichtungen (Fernschreiber, Wachräume, Verhörzimmer etc.) ausgestattet. Der Leiter der Gestapo-Stelle belegte mit seinen Büros das Erdgeschoss des Hauses (wie die Skizze zeigt), die weiteren Mitarbeiter/-innen bezogen die oberen Stockwerke 1 bis 3. (17)



Gestapo-Keller

Während die Anordnung der Räumlichkeiten der oberen Stockwerke noch heute in etwa dem Grundriss des Erdgeschosses entsprechen, wurden im Kellergeschoss bauliche Veränderungen vorgenommen, die allerdings heute noch leicht erkennbar sind und auf die ursprüngliche Funktion dieser Kellerräume für die Gestapo schließen lassen.



Durchgang zum Verhörkeller



Eingang zum Verhörkeller

Zwischen dem abgebildeten schmalen Keller (der heute, wie das Foto zeigt, als Fahrradkeller benutzt wird und in einer Fluchtlinie mit der Kellertreppe liegt) und dem Nachbarkeller befand sich früher ein Durchbruch. An jener Stelle im Fahrradkeller befinden sich Scharniere in der Wand ebenso wie auch an derselben Stelle im Nachbarkeller. Es befand sich also ein stark sicherbarer Durchgang zum großen

Nachbarkeller, der lediglich durch diesen Durchgang des „Fahrradkellers“ erreichbar war, nicht vom Kellerflur aus. Der Zugang vom Kellerflur aus in diesen großen Keller war zugemauert. Während es sich bei allen anderen Kellertüren um ganz normale Türen handelt, ist noch heute zu erkennen, dass es sich bei der Kellerflurtür zum „Fahrradkeller“ um eine stark zu sichernde Tür handelt.

Es ist also stark anzunehmen, dass diese Kellerräumlichkeiten durch die Gestapo in der Form benutzt wurden, dass bestimmte Häftlinge die Kellertreppe hinab und direkt in den heute als Fahrradkeller benutzten Keller geführt wurden, der als eine Art Vorraum für die Registratur, für die Abnahme persönlicher Gegenstände der Häftlinge o. a. diente und sodann in

B. Celle), nach 1945 an die Bevölkerung appellierte, Straftaten der örtlichen Täter zu dokumentieren und Anzeigen zu erstatten.

Aus einigen überlieferten Akten von Gerichtsverfahren gegen Gestapo-Angehörige gehen allerdings in Ansätzen die Vernehmungspraktiken dieser Leute hervor, wie z. B. jene des Gestapo-Mannes Hinz, der von den Häftlingen als „Sadist“ betitelt wurde: „Hinz hatte sein Vernehmungszimmer im zweiten Stock des Gestapogebäudes. In der Urteilsbegründung des Schwurgerichts Lüneburg, das Hinz 1948... verurteilte, heißt es zur Tätigkeit des Gestapobeamten: „Oft wurden Schreie von Misshandelten gehört. Später wurden die Schmerzensschreie der Misshandelten im Keller des Gebäudes vernommen. Der Angeklagte



Gericht mit Gerichtsgefängnis Am Markt

war auf der Dienststelle bekannt als hart und brutal. In seinem Dienstzimmer befand sich außer einem Gummiknüppel auch ein Ochsenziemer.“ (18) Der Gestapo-Mann Kühn, der 1942 von Hamburg nach Lüneburg versetzt wurde und bereits in Hamburg gegen Juden in brutaler Weise vorging, schlug bei seinen Verhören im Lüneburger Gestapo-Büro die Schutzhäftlinge mit der Hand und trat sie mit Füßen. Auch wand er die Methode an, diese mit einem durchnässten und zusammendrehen Handtuch auf den entblößten Oberkörper zu schlagen. (19) Ebenso brutal gingen diese Gestapo-Männer im sogenannten Außendienst

den Nachbarkeller verbracht wurden, der als Gefangenenkeller diente. Ein Entkommen von dort aus über den Kellerflur war nicht möglich, weil die Kellerflurtür des „Gefangenenraumes“ entfernt und diese Stelle der Kellerwand zugemauert war. Dass auch in diesem Keller gewaltsame Verhöre von Gestapo-Gefangenen stattfanden, wurde in Gerichtsverhandlungen gegen ehemalige Gestapo-Mitarbeiter nach 1945 festgestellt.

Die Verhöre der Häftlinge wurden von der Lüneburger Gestapo entweder im Gerichtsgefängnis durchgeführt, in der Gestapo-Zentrale oder im Rahmen des Außendienstes: Über diese Verhöre existieren leider nur wenige Überlieferungen, sicher auch deshalb, weil die Stadt Lüneburg nicht, wie andere Städte (z.

in Lüneburg gegen Verdächtige vor wie z. B. Hinz, der „...anlässlich einer Razzia in den Unterkünften der Ostarbeiter bei den Ibuswerken eine polnische Studentin, die über die Herkunft einer in ihrem Besitz befindlichen Flasche Öl keine Auskunft geben wollte...mehrmals brutal ins Gesicht schlug... (Er ließ weitere Misshandlungen) durch den... Polizeimeister S. ausführen oder ließ die Ostarbeiter sich gegenseitig schlagen.“ (20)

Über die erlaubten und auch angewandten Vernehmungsmethoden berichtet der Lüneburger Gestapo-Mann Janssen in einer Vernehmung nach 1945: „Bei der Gestapo durften auch sogenannte verschärfte Vernehmungen vorgenommen werden... Die verschärfte Vernehmung bestand in Stockschlägen...“ (21)



# N. u. S.-Fragebogen

(Von Frauen fangmäßig anzufüllen)

Name und Vornamen  
oder seine Dienst  
Dienstgrad:  
Stp. Nr.



Name (letztlich schreiben): Dose, Hans  
 in H seit Dienstgrad: H. Einb.  
 in EK von 1935 bis 31.7.1936, in NS von nein bis  
 Mitglieds-Nummer in Partei: 4602030 H. Nr.:  
 geb. am 23. Oktober 1895 in Kiel Kreis: Kiel  
 Land: DR. 1933 1933 jetzt Alter: 48 Glaubensbekenntnis: gottgl.  
 jetziger Wohnort: Soltau (Hann.) Wohnung: Wiesenstr. 9.  
 Beruf und Berufstellung: Krim. Obersekretär bei der Geheimen Staatspolizei  
 Wird öffentliche Unterführung in Anspruch genommen? nein  
 liegt Berufswechsel vor? nein  
 Ausserberufliche Fertigkeiten und Berechtigungsbescheinigungen (z. B. Führerscheine, Sportabzeichen, Sportauszeichnungen):  
Führerschein I und III Klasse  
 Staatsangehörigkeit: D.R.  
 Ehrenamtliche Tätigkeit: keine  
 Dienst im alten Heer: Infanterie von 6.10.1912 bis 20.12.1918  
 Artillerie nein von        bis         
 Reichswehr nein von        bis         
 Saugselbst Schupo, Kripo u. Stapo von 15.3.1919 bis heute  
 Neue Wehrmacht nein von        bis         
 Vester Dienstgrad: Visfeldwebel  
 Frontkämpfer: Kriegsanfang bis Kriegsende vermundet: ja (Kopfstreifschuß)  
 Orden und Ehrenabzeichen, einschl. Rettungsmedaillen: F.K. II, Frontkämpferabzeichen und Verdienstkreuz nach 25 Jahren (erster Stufe)  
 Verlobungsstand (letzter Name) verheiratet (seit wann): seit 27.2.1917  
 Welcher Konfession ist der Antragsteller? gottgl. luth. (Ehefrau)? gottgl. luth.  
 (Als Konfession wird auch außer dem vorbestimmten jedes andere gottgl. Bekenntnis angegeben.)  
 Ist neben der standesamtlichen Trauung eine kirchliche Trauung vorgesehen? Ja - nein  
 Hat neben der standesamtlichen Trauung eine kirchliche Trauung stattgefunden? Ja - nein  
 Gehehenfalls nach welcher konfessionellen Form? ev.  
 Ist Ehestands-Darlehen beantragt worden? nein  
 Geheime Staatspolizei  
 Staatspolizeileitstelle Hamburg  
 Außendienststelle Lüneburg  
 Bei welcher Behörde (genaue Anschrift):  
 Wann wurde der Antrag gestellt?  
 Wurde das Ehestands-Darlehen bewilligt? entfällt  
 Soll das Ehestands-Darlehen beantragt werden? entfällt  
 Bei welcher Behörde (genaue Anschrift): entfällt

**Gerhardtsbauer**, geb. am 24.10.89 in Braunschweig, von Juni bis Dez. 1941 bei Gestapo Hamburg, Referatsleiter, hatte die Dienstaufsicht über 5 Außendienststellen. Ab Juli 43 Referat IV 3 (Abwehr, Selbstschutz, etc.), Dezember 1944 bis 8. Januar 1945: Gestapo Lüneburg, als Kriminalrat und SS- Sturmbannführer., SS-Nr. 367229; NSDAP-Nr. 2 473181

**Hahn, Ernst**, geb. 6.2.1879, KOS, Sommer 42 Sachbearbeiter II E (Wirtschaftsdelikte und Arbeitsvertragsbruch)

**Heinecke, Walter**, geb. 11.12.1912

## Hinz, Martin

geb. 22.2.1907  
 in Kiel,  
 Kriminalsekretär, KOS bei V 39-45,  
 wohnte in der Töbingstraße 20, dann Mönchsgarten 6, ab August 1944 in der Töbingstraße 26

Geheime Staatspolizei  
 Staatspolizeileitstelle Hamburg  
 - Außendienststelle Lüneburg  
 B.Nr. - II Ost - 17162 259/44  
 Lüneburg, den 26.9.44  
 4580/44

Entlassungersuchen.  
 Der von der Außendienststelle am 23.9.44  
 in das Gerichtsgefängnis Lüneburg  
 eingelieferte Elisabeth E. Alexander  
 ist zu entlassen.

Stempel:   
 Unterschrift: Heinz



Wohnsitz: Töbingstraße

**Eilders, Johann-Hermann**,  
 geb. 21.2.1913  
 in Nordhorn,  
 Sommer 43: Leiter Abteilung III

Mit den Merkmalen verglichen:  
 Bln., den 24.9.1944  
 Dienstgrad: SS-Sturmführer

Gepprüft!  
 Bln., den 25. Sep. 1935  
 Dienstgrad: SS-Sturmführer

Vom 16.1.1937  
 Bln., Nr. 1 6 1 6 9  
 Vom 44-Angehörigen (bezw. leterlich auszu...)  
 Name: Eilders  
 Vornamen: Johann  
 Beruf: Mustermacher  
 Wohnort: Nordhorn i/Hann.  
 Straße u. Haus-Nr. Bahlderdiek 37  
 Dienstgrad: SS-Rottenführer  
 44-Einheit: SS-Sturm 11/55  
 44-Nr.: 98.916

Eilders SS-Akte

**Frank, Paul**, Mitarbeiter Referat II  
**Freitag, Friedrich-Joachim, Dr.**, geb. am 01.04.1911 in Stade, ab Herbst 44 Leiter der Gestapo Lbg, Standartenführer, Reg. Rat., Staatsanwalt, Lüner Weg 13  
**Frosien**, Sturmbannführer

**Hofmann, Walter.**

Regierungsrat, geb. am 26.9.1905 in Frankfurt/M., wohnte zunächst in der Volgerstraße 48, dann Am Graalwall 5, SS- Mitglied, Leiter der Stapostelle Lüneburg und gleichzeitig Leiter des SD in Lüneburg



Wohnsitz: Volgerstraße

**Hövermann**

Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeistelle Hamburg  
Aussendienststelle Lüneburg.  
E. Nr. II Ost

Lüneburg, den 5. August 1942.

Entlassungersuchen.

Der von der Aussendienststelle am 13.7.1942.....  
in das Gerichtsgefängnis ~~(Polizeigefängnis)~~ Lüneburg.....  
eingelieferte Donja K u e c n i c o w a, geb. 8.11.1920 in Wincowezko  
.....  
ist zu entlassen.



**Hinz, Kraftfahrer 1941 - 43**

**Hüser, Klaus**

**Janssen, Wilhelm**, geb. 19.6.1906 in Varel, SS-Sturmscharführer, Krim. Sekr. seit 1.1.43, seit Mai 1933, von 1.5.1938 bis Mai 1945 bei Gestapo Lüneburg Sachbearbeiter II P (Presse) Wirtschaft, Spionage, Sabotage; zwischendurch Abordnungen nach „Stadt des KDF-Wagens“

**Jantur, Heinz**, geb. 8.9.1909 Moorn/Landsberg KS, Abtl. Arbeitsvertragsbruch

**Kiesel**, SS-Mann bei Gestapo Lüneburg und Oerbke, Kreis Fallingbostal, wohnte in der Rothenburger Str. 43, dann Hindenburgstr. 97



Wohnsitz: Rothenburger Straße

**Huppenkothen, Walter**, geboren am 31.12.1905 in Haan, von 1937 bis 1939 Leiter der Gestapo Lüneburg in Harburg, dann in Lüneburg, Regierungsrat, wohnte Am Graalwall 5



Wohnsitz: Am Graalwall



Wohnsitz: Hindenburgstr.

**Kleinert**, Chef des Gestapo- Außenposten Fallingbostel, bearbeitete alle Fälle von „Arbeitsvertragsbruch“  
**Kleinow, Wilhelm**, geb. 18.04.1904 in Stendal, Dienststelle II A, im März 41: Kriminalsektretär; - August 44: Kriminal-Obersekretär

**Kühn, Hermann Robert**, geb. 07.06.99 in Malankowo/Westpreußen, wohnte im Wilschenbrucher Weg 49, ab 1943 in der Wallstraße 41 und schließlich in der Hindenburgstr. 104.



Wohnsitz: Wilschenbrucher Weg



Wohnsitz: Hindenburgstraße

**Lehmkuhl**, Krim.-Sekt.

1635

## Aufnahmeschein.

Die Gefängnisverwaltung Lüneburg wird hiermit ersucht, den  
 belgischen Arbeiter Albert de Clercq  
 geb. 21.5.1921 in Gent  
 welcher hier wegen Arbeitsvertragsbruch  
 vorläufig festgenommen worden ist und dem Amtsgericht zugeführt werden soll,  
 in Gewahrsam zu nehmen. für die Gestapo Lüneburg.  
 Lüneburg, den 1. Juni 1942  
 Der Oberbürgermeister als Ortspolizeibehörde.  
 Im Auftrage:  
*Lehmkuhl*  
*Arzt*

500 3. 24

**Kühn, Gustav**, Fahrdienstleiter

**Linke, Willi**, geb. 29.07.1902 in Bochum, Nachfolger von Gebhardtshauer im Referat IV 2 a

**Lohde, Karl**, geb. 12.10.1895 in Hartmannsdorf, KOS, Leiter Außenstelle Celle v. 10.10.1937 – April 1944

**Marquardt, Hans**, geb. 31.01.1906, 1938 - 41 Kraftfahrer

**Ostmann, Karl**, geb. 15.11.1874, 1940-43 Telefonist  
**Paschleben**, SS-Hauptsturmführer, Gestapo Hamburg, Hamburger Leiter für die Außendienststelle Lüneburg

**Pfeil, Lisa**, verheiratete Wilsen, Büroangestellte von 1941 – 1944

**Preine, Krim.Kom.**, bearbeitete „Juden-Auswanderungsangelegenheiten“

**Rönsch, Cord**, 08.08.1907 in Itzehoe, KS und Sachbearbeiter. Abtl. III von 1937 - 10.5.41

Geheime Staatspolizei Lüneburg  
 Staatspolizeistelle Lüneburg d. 16.7.42  
 Abteilung: III Tgb.Nr.: 492/43

### Entlassungsersuchen

dem Gend.Posten Prisser für die 12.7.1943  
 Der von ~~der~~ Staatspolizeistelle am 194  
 In das Gerichts- ~~Kriegs~~ Gefängnis Lüneburg  
 eingelieferte su-Kriegsgefangene G r i s c h e n , Wasyli  
 geb. 16.6.20 Kotocko  
 ist dem Stalag Lüneburg zu überstellen und wird von dort ab-  
~~geholt~~ geholt.

Im Auftrage:  
*Rönsch*

**Runge**, Büroangestellte im November 1940

**Sawall, Kurt**, Oberinspektor, SS-OSTuf., Leiter der Wirtschaftsabteilung, Mitarbeiter der „Judenabteilung“